

Der Antrag der Verwaltung V0276/21 und der Antrag der ödp-Stadtratsgruppe V0237/21 werden gemeinsam diskutiert und behandelt.

V0237/21

Erhöhung der Fördermittel für Lastenfahrräder
-Antrag der ödp-Stadtratsgruppe vom 16.03.2021-

V0276/21

Erhöhung der Fördermittel für Lastenräder;
Stellungnahme der Verwaltung zum Antrag der ÖDP-Stadtratsgruppe vom 16.03.2021
(Referenten: Bürgermeisterin Kleine und Herr Fleckinger)

Stadtrat vom 11.05.2021

Nach den Worten von Stadtrat Rehm ist die Förderung keine Aufgabe der Kommune. Er sei davon überzeugt, dass sich diese technische Neuerung alleine durchsetzen und gut verkaufen werde. Im Sinne der Haushaltskonsolidierung seien die 100.000 Euro an anderer Stelle besser investiert.

Stadträtin Hagn weist darauf hin, dass die JU-Stadtratsgruppe diesen Antrag im letzten Jahr mitgetragen habe. Ihres Erachtens solle hierüber der Konsolidierungsrat entscheiden.

Stadtrat Köstler spricht sich positiv für die Vorlage aus. Seines Erachtens mache die Förderung Sinn, denn es werden Autos abgeschafft. Er bemängelt die überplanmäßige Förderung des Autos im Vergleich zu anderen Verkehrsträgern.

Stadtrat Stachel merkt an, dass die FW-Stadtratsfraktion den letzten Förderansatz mit voller Überzeugung mitgetragen habe. Er sei der Letzte, der sich gegen das Fahrrad ausspreche. Nichtsdestotrotz sehe er bei dieser Förderung relativ wenige Fahrräder gefördert. Das Programm könne natürlich als erfolgreich beziffert, aber auch als Überförderung betitelt werden. Für die Zukunft regt er ein Förderprogramm für Elektromobilität speziell im Fahrradbereich an. Dies könne im nächsten Haushalt abgebildet werden. Dadurch könne mit niedrigen Fördersummen pro Fördereinheit herangegangen werden. Fraglich sei, ob es sich dann um ein Lastenfahrrad handeln müsse. Es könne genauso mit einem E-Bike und Anhänger agiert werden. Effektiv gehe es darum, möglichst viele Leute auf das Rad zu bringen. Mit diesem Programm schaffe man es aber nur, wenige teure Fahrräder auf die Straße zu holen. Auch er regt an, dieses Thema im Konsolidierungsrat zu beraten. Stadtrat Stachel betont, dass er diesen Antrag nicht unterstützen werde.

Bürgermeisterin Kleine merkt an, dass die Argumente nachvollziehbar seien. Sie bittet aber dennoch um Unterstützung, weil die Gewichtung eben auf der Unterstützung nachhaltiger Mobilität liege und Lastenräder die Familien und Betriebe gezielt in ihren Alltagsanforderungen unterstützten. Weiter verweist sie auf die positive Resonanz. Vor allem die Nachfrage der Privatpersonen sei sehr groß gewesen. Positiv zu erwähnen seien der Ökobonus und dass ein Fünftel ihren PKW nachweisbar abgemeldet haben. Auch werden die Lastenfahrräder zu einem großen Teil von Familien für den Transport von Kindern verwendet. Sie seien also eine echte Alternative zu einem PKW. Es werde ganz gezielt das gewünschte Ziel unterstützt. Sie nimmt den Vorschlag gerne auf, bei der Förderung

nachhaltiger Mobilität andere elektrifizierte Fortbewegungsmittel einzubeziehen und verweist auf das E-Mobilitätskonzept, das bereits beschlossen wurde.

Ingolstadt habe sich auf den Weg gemacht in Richtung Klimaneutralität 2050, so Stadträtin Klein. Dabei verweist sie auf die stattgefundenen Videokonferenz. Sie gehe davon aus, dass sich das Gremium noch des Öfteren mit Förderprogrammen zum Klimaschutz kommunaler Art beschäftigen werde. Das Lastenfahrrad sei hier nur ein Baustein. Es gebe auch andere Möglichkeiten, mit dem Fahrrad umweltschonend unterwegs zu sein. Angesichts dieser Diskussion halte sie es für sinnvoll, das Thema in den Konsolidierungsrat zu verweisen.

Stadtrat Höbusch fühle sich an den Tag der Haushaltsreden erinnert. Er habe gesagt, dass bei Investitionen zukunftsorientiert gedacht werden müsse. Jedes Auto, welches durch dieses Förderprogramm ersetzt, und jedes Kind, welches dadurch nicht mit dem Auto gebracht werde, seien dieses Förderprogramm wert. Dies sei nach seinen Worten ein willkommener Punkt, um den Sparwillen zu dokumentieren. Die Klimakrise warte nicht auf den Konsolidierungsrat. Diese 100.000 Euro seien bereits im Nachtragshaushalt eingestellt. Seines Erachtens müsse im Konsolidierungsrat über ganz andere Summen beraten werden.

Ein wichtiger Aspekt für die Zustimmung sei für Stadtrat Lange die Tatsache, dass hier eine Art kommunale Wirtschaftsförderung erfolge. Diese bestehe darin, dass 49 der 79 angeschafften Lastenräder in der Region gekauft wurden.

Stadtrat Dr. Meyer merke an, dass kein Mensch gegen diese Lastenfahräder sei. Aber seines Erachtens handele es sich weder um einen Beitrag zum Klimaschutz noch zur Wirtschaftsförderung, weil diese Fahrräder trotzdem gekauft würden. Die Fahrradhändler seien die größten Profiteure dieser Krise. Eine Zuschussung sei völlig überflüssig. Er äußere massive Bedenken. Es müsse ein Signal gesetzt werden, dass das Geld zielgerecht eingesetzt werde und dies nicht unbedingt den sozial Schwächeren zu Gute komme, sondern der gut situierten Mittelschicht.

Auch Stadtrat Stachel verstehe dies als Gegenteil von Wirtschaftsförderung. Dadurch werde eine Konsumrückhaltung erzeugt, da die „Käufer“ auf eine Förderung warteten. Eine Förderung für etwas auszuloben, was sowieso gut verkauft werde, sei der falsche Ansatz. Weiter verweist er auf den Engpass an Fahrrädern.

Bürgermeisterin Kleine betont, dass sie während des Förderzeitraums ein Lastenfahrrad zeitnah, also innerhalb eines Tages, erwerben konnte. Weiter geht sie auf die Anmerkung von Stadträtin Kleine zur Auftaktveranstaltung zur Klimaschutzstrategie ein. Es sei unumstritten, dass die nachhaltige Mobilität und auch die Verkehrswende zu großen Potentialen zur Erreichung der Klimaschutzziele gehörten. Es bestand Einigkeit, dass es nicht nur drauf ankomme, sich auf gemeinsame Ziele und Maßnahmen zu einigen, sondern dass man auch in den Klimaschutz investieren müsse. Weiter erläutert Bürgermeisterin Kleine die Zusammensetzung des Teilnehmerkreises. Positiv sei die absolute Aufbruchsstimmung zu erwähnen. Alle wollten mitarbeiten und ihr Fachwissen in die Klimaschutzstrategie der Stadt einbringen. Diese solle man unterstützen, da seitens der Stadt die Erreichung des Klimaziels stark signalisiert worden sei. Mit diesem Antrag unterstütze man zudem eine Angebotsstrategie, welche nachweislich zur nachhaltigen Mobilität beitrage. Es solle ganz klar ein positives Signal gesendet werden, das sich positiv in einer ökologischen Alltagsmobilität auswirke. Warum alle an dieser Klimaschutzstrategie mitarbeiten sollen. Bürgermeisterin Kleine bittet um Zustimmung zu diesem Antrag.

Stadtrat Schlagbauer pflichtet seiner Vorrednerin bei. Das Einzige was ihm an der Diskussion nicht gefalle, sei das Auseinanderbringen des Autos und des Fahrrads. Nach seinen Worten lasse sich dies gut verbinden. Auch sei er bei Stadtrat Dr. Meyer, dass ein Signal gesetzt werden solle. Es dürfe nur nicht das Falsche sein. Eine gut laufende Förderung dürfe nicht plötzlich enden, denn dies sei nicht Zweck einer Förderung. Aus

seiner Sicht handele es sich nicht nur um ein Umweltschutzprojekt, sondern auch um einen verkehrserzieherischen Aspekt. Kindern könne dadurch die Alternativen im Verkehr vermittelt werden. Insofern spreche er sich für diese Förderung aus.

Es gehe hier nicht um die Ablehnung einer Klimaschutzstrategie, so Stadträtin Klein. Diese Förderung sei ein kleiner Baustein einer großen Klimaschutzstrategie. Bei Abschaffen dieser Förderung erliege nicht die ganze Klimaschutzstrategie. Die CSU-Stadtratsfraktion spreche sich nochmals für die Verweisung in den Konsolidierungsrat aus. An Stadtrat Höbusch gewandt, sagt sie, sie spüre noch nicht, was Gegenstand des Konsolidierungsrates sei. Stadträtin Klein fragt nach, mit welchen Summen sich der Konsolidierungsrat beschäftigen solle.

Abstimmung über die Verweisung in den Konsolidierungsrat:

Mit 26:21 Stimmen:

Der Antrag wird abgelehnt.

Abstimmung über den Antrag der Verwaltung **V0276/21**:

Mit 26:21 Stimmen:

Entsprechend dem Antrag genehmigt.

Der Antrag der ödp-Stadtratsgruppe **V0237/21** ist durch die Beschlussvorlage der Verwaltung **V0276/21** erledigt.